

Mord an der Startbahn

Eine Stellungnahme von Polizeidirektor Gerhard Kastl

Das Unglaubliche ist geschehen. Der Anhänger einer regionalen Minderheit, die weder Richterspruch noch Tatsachen zu akzeptieren bereit ist, hat am 6. Jahrestag der Hüttenedorfräumung zwei Polizeibeamte erschossen. Ein Hundertschaftsführer und ein Einsatzbeamter starben durch Kugeln aus einer geraubten Polizeipistole. Der Mörder verletzte weitere Beamte zum Teil schwer.

Die Startbahn 18 West wurde zum Symbol für alle Richtungen menschlichen Irrsinn und Wirrens. Geplant als Projekt zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und als Baustein für wirtschaftlichen Aufschwung, ist das Vorhaben schon seit 1965 von einzelnen Gruppen bekämpft worden. Alle Möglichkeiten, die Startbahn zu verhindern, wurden ausgeschöpft. Anträge und Anzeigen. Widersprüche und Einsprüche, Beschwerden und Klagen. Berufung und Revision beschäftigten Behörden und Gerichte über Jahre durch alle Instanzen. Von Gegnern angeführte Nachteilsgründe drückten auf Baulandpreise. Durch günstigen Erwerb dem angefeindeten Objekt nähergerückte Betroffenheit spornte zu noch aktiverem Widerstand an. Selbst bei Flughafenbeschäftigten fiel die Erkenntnis, gegen den Einkommensgeber vorzugehen, dem hochstilisierten Widerstandswahn zum Opfer.

Der endgültig verlorene Rechtsstreit setzte das Signal zur Handgreiflichkeit. Am 6. Oktober 1981 begannen die Bauarbeiten zur Startbahn 18 West und mit ihnen die sicht- und spürbaren sogenannten gewaltfreien Widerstandshandlungen. Eine Phase bitterer Erfahrungen nahm ihren Anfang.

Seit Baubeginn leistete die Hessische Bereitschaftspolizei bis zum Mordtag an der Startbahn West 1.6 Millionen Einsatzstunden. Das entspricht einem Viertel der Gesamt Einsatzzeit von fast 7 Millionen Stunden im gleichen Zeitraum. Al-

lein in den ersten drei Monaten nach Baubeginn entfielen 31% der Einsatzbelastung in 1981 auf die Startbahn West. Obwohl der Prozentsatz 1985 bis auf 10.4 % abnahm, konnte die Frankfurter Polizei auch in der Folgezeit auf den Schutz der Startbahn und damit auf Unterstützung durch Beamte der Bereitschaftspolizei nicht verzichten. Ein Ende ist sowenig abzusehen wie die Einsicht und Einkehr bei denen, die ihrer "Der Kampf geht weiter-Parole" huldigen und friedlich unbewaffnetes Demonstrieren höchstens von der Polizei erwarten.

Die Einsätze hatten Folgen: kostenintensive Reparaturen, Dienstunfälle, Erkrankungen, Ausfalltage. Verletzungen heilten und vernarben. Seelische Wunden sind geblieben. Hass und Feindseligkeiten zu bewältigen, gehört zum beruflichen Alltag. Solche Ausbrüche zu verarbeiten, ist ein persönliches Problem. Der eine ignoriert Beleidigungen, den anderen wurmt das Schimpfwort "Bulle". Einmal schlagen wiederholte Wochenenddienste und heimatliche Beziehungseinbußen auf den Magen, ein andermal der Triumph des Unrechts. Dem Recht verpflichtet, bleibt uns die Würde anderer Menschen unantastbar. Dem Unrecht ausgesetzt, sind unsere Ehre und Gesundheit verletzbar. Startbahngegner halten würdeloses Verhalten offensichtlich für unbedenklich anwendbar.

Bereits am 12. April 1984, als das angefeindete Bauwerk seiner Bestimmung übergeben wurde, beliefen sich die Kos-

ten für Polizeieinsätze auf über 35 Millionen und die Kosten für die Sicherung der Startbahn auf ca. 23 Millionen Mark. Sie dürften inzwischen die 50- bzw. 30-Millionen-Grenze erreicht, wenn nicht sogar überschritten haben.

Die Startbahn 18 West ist zum Mekka von Chaoten geworden. Startbahnfeinden ist jede Unterstützung willkommen. Der Zweck heiligt Mittel und Mittler. Die Gastgeber bieten Verpflegung (Küchenbrigade!) und besorgen Argumente auch solche zum Werfen. Schießen, Zerstören und Verletzen. Organisierte Sonntagsspaziergänge zur Startbahn bieten Schutz, Tarnung und Deckung, wie sie Demonstrationstouristen für ihre Absichten brauchen. Irregeleitete Zeitgenossen, die es in jeder Region gibt, wallfahren vorwiegend an Symboltagen zu den Orten, an denen sich Chaoten Selbstverwirklichungsmöglichkeiten versprechen.

Von ihrem "Fanclub" begleitet, fühlen sie sich verpflichtet, den Erwartungen zu entsprechen. Jubel und Beifall motivieren und solidarisieren. Wie einen Mannschaftserfolg feiert die Gesinnungsgemeinschaft den Abtransport verletzter Polizisten. Deshalb darf man sich auch nicht darüber ärgern oder wundern, dass die friedlichen und unbewaffneten Sonntagsspaziergänger noch keinen ihrer Vollzugshelfer angezeigt haben. In einem derartigen Umfeld gedeiht und wuchert das Extreme.

Folgen dieser Zeiterscheinung haben wir wiederholt miterleben müssen. Der Polizei wurde eine Ausrüstung aufgezwungen, die den uniformierten Demonstrationsschützer zum objektschützenden Rüstungsträger umpolte. Umfang und Gewicht der Schutz- und Einsatzrüstung verringern Beweglichkeit und Aussicht, schnellfüßige "Turnschuhtäter" zu fassen. Auch Rechts- und Datenschutz sind schwer überwindbare Grenzen und Mauern, hinter denen sich Straftäter sichtlich wohl fühlen.

Die Rechnung scheint aufzugehen. Jahrelang haben auch die Medien den ver-

mummten Straftäter "Demonstrant" genannt. So wurde gefördert, was möglicherweise zu verhindern gewesen wäre. Eine Aura des Rechts umgab die durch Masken gesichtslos Anonymen, deren Freizeitsport es wurde, Polizisten an Wochenenden, Feiertagen und nachts möglichst oft, zahlreich und lange ihrer eigentlichen Aufgabe zu entziehen. Der Effekt ist vielleicht gar nicht ungewollt: zunehmende Delikts- und rückläufige Aufklärungszahlen.

Selbst einige Vertreter der Kirche trugen nicht dazu bei, den Protest auf Recht und Vernunft zu begrenzen. Hüttenkirche und Predigten an der Startbahnmauer wirkten für die ihr eigenes Recht Beanspruchenden wie Rechtfertigungsgründe. Es muss schon bedenklich stimmen, wenn eine der Ethik und Moral verpflichtete Institution auch dem skrupellos Handelnden ihren Segen nicht versagt.

Verharmlosend als Sonntagsspaziergänge bezeichnete Startbahnaktionen lieferten nahezu regelmäßig Schlagzeilen für die Montagsausgaben der Medien. Das war die Werbung, die die Startbahngegner brauchten - kostenlos. Sie blieben im Gespräch. Sie wurden Dauerthema - Schlagzeilenabonnent. Landtag und Regierung setzten das Problem wiederholt auf die Tagesordnung. Wissenschaftler und Einsatztaktiker untersuchten, prüften, verwarfen und versuchten vielerlei Handlungsalternativen. Eine Patentlösung fand niemand. Befriedungsversuche mussten scheitern, solange von Egoismus genährte Ohnmachtsgefühle der destruktiven Aktionisten klares Denken und Verstehen blockierten.

Der 2. November hätte Symboltag für Hüttendorfanhänger bleiben können. Gegen 21 Uhr war dieser Anspruch vertan. Der 2. November ist Trauertag für die Anhänger des Rechts geworden. Doch Trauer um Sohn, Gatte, Vater und Bruder, um Kollegen ist nicht auf Jahrestage zu begrenzen. Mörder und Opfer sind stete Mahnung, gegen Ursachen anzugehen, um nicht von Wirkungslawi-

nen überrollt zu werden.

Es begann wie so oft: "Einsatz zur Unterstützung des Polizeipräsidenten Frankfurt am Main an der Startbahn 18 West. Anlass: Fackelzug anlässlich des 6. Jahrestages der Hüttendorfräumung am Montag, dem 2. November 1987, 18 Uhr, vom SKG-Heim Mörfelden-Walldorf zur Startbahn West."

Am frühen Nachmittag antreten. Einweisung der Kräfte, aufstellen und beladen der Fahrzeuge, Abfahrt. Gegen 16 Uhr treffen je eine Hundertschaft der I., III. und IV. HBP aus Wiesbaden, Mühlheim und Hanau an der alten Charterhalle Ost ein. Die Einheiten erhalten ihre Aufträge und beziehen Position. Fortlaufender Unterrichtung über Lageentwicklung folgt Anpassung der Bereitstellungsräume. Als gegen 20 Uhr 150 bis 200 zum Teil Vermummte auf dem Weg zum südlichen Startbahnende gemeldet werden, stellen sich die Kräfte in der Nähe des Gefährdungsbereiches bereit.

20.00 Uhr: Ca. 20 Vermummte werden beobachtet, die Molotowcocktails mitführen.

20.31 Uhr: Es ergeht Auflösungsverfügung über Laukw. 20.32 Uhr: Die ersten Räumungsanordnungen folgen.

20.37 Uhr: Brandflaschen und Leucht-kugeln fliegen.

20.39 Uhr: Wasserwerfer und Reizstoff werden eingesetzt. Polizeiliche Räumungsmaßnahmen gestalten sich bei der Dunkelheit in dem schneisen-durchzogenen Waldgelände äußerst schwierig.

20.50 Uhr: Hundertschaft Eichhöfer fordert Unterstützung.

20.55 und 21.00 Uhr: Südlich von Tor Ost 4 werden brennende Barrikaden gemeldet und beseitigt. Drei Personen werden festgenommen.

„Hilfe! Sanitäter! Hundertschaftsführer schwer verletzt.“ Dieser Funkruf um 21.00 Uhr. dem ähnliche folgen, lässt die Ereignisse überstürzen.

Um 21.06 Uhr war der Sanitätswagen beim Verletzten. Gleich darauf wird er bei den nächsten erwartet. Der Polizeiarzt veranlasst den Transport der Verletzten zur Flughafen- und weiter zur Universitätsklinik. Dort wird festgestellt, dass selbst bei optimalster Hilfe keine Rettung möglich gewesen wäre. Auch Schutzwesten hätten die Geschosse nicht abgehalten.

Die Nachricht verbreitete sich rasch: **„Zwei Kollegen tot - aus dem Hinterhalt erschossen – neun zum Teil schwer verletzt.“** Ungläubiges Entsetzen erfasst die meisten Müdigkeit. Hunger und all die Gefühle, die sonst bei solchen Einsätzen vorherrschen, werden von der Schreckensnachricht verdrängt,

„Es hätte auch mich erwischen können.“ Diese später von vielen geäußerte Feststellung war wohl der vorherrschende Gedanke, als noch in der Nacht das Interesse den Fahndungsmaßnahmen und Festnahmen galt. Ein Großteil der eingesetzten Beamten konnte erst nach über 15 Stunden die Einsatzrüstung ablegen. Nicht abzulegen war der Schock, der längerer Heilung bedarf als die medizinisch zu versorgenden Wunden. Die Schüsse dieser Nacht beherrschten tagelang die Nachrichten in Presse, Rundfunk und Fernsehen. Vom Bürgerkrieg am Chaoteneck war die Rede. Empörung über die Mordschützen wurde laut. Selbst die stets aktive Bürgerinitiative gegen die Flughafen-erweiterung Rhein-Main erklärte, vom Tod der beiden Polizisten zutiefst erschüttert zu sein. Man möchte es ja gerne glauben, aber warum wurde dann so vieles geplant, gefördert, geduldet, organisiert und durchgeführt, was immer wieder zu Eskalationen führte, die bürgerkriegsähnliche Formen annahm? Gehörte der zwei Tage nach dem feigen Mordanschlag festgenommene 33jährige Andreas Eichler nicht zu jenen „revolutionären Heimwerkern“, die wie Autonome den Startbahngegnern dienten? Verfahren wegen Widerstandes,

Sachbeschädigung und Landfriedensbruch, begangen an der Startbahn West, waren gegen ihn anhängig. Morde und Mordversuch aus persönlichen Beweggründen werden ihm wohl kaum anzulasten sein. Dann doch wohl eher Morde als Folge des unversöhnlichen Hasses beim Kampf gegen die Startbahn West. Bleibt zu fragen: Wäre es ohne Startbahnideologie, ohne Verhinderungs- und Beseitigungsmanie zu den Todesschüssen gekommen? Nein! Sicher nicht. Denn Einsicht und Verzicht auf Rechtsbruch, Demonstrationsmissbrauch und Zerstörungsaktivitäten hätten auch polizeiliche Präsenz nicht notwendig gemacht. Der seit Jahren durch die Startbahngegnerbewegung miterzogene Haß hatte kein Ziel gehabt.

Die Schüsse an der Startbahn West trafen Menschen, der Allgemeinheit dienende Polizisten, die zu schützen hatten, was eine Minderheit aus persönlichen Gründen einer Mehrheit nicht gönnte. Die Kugeln galten dem Staat, der Gesellschaft, den Entscheidungs- und Verantwortungsträgern, der Politik, Wirtschaft und Flughafen AG. Sie trafen Polizisten. Es ist sicher kein angenehmer Gedanke, Polizeibeamten die "Opferlammrolle" zu überlassen, weil beruflich Aufgaben und Risiken es so vorgeben. Eine solche Rolle zu übernehmen, ist ja auch nicht leicht und nur dann zu ertragen, wenn Gewissheit besteht, dass alles getan wird, um Entwicklungen und Entartungen, wie sie an der Startbahn West zur Regel und nun zum Drama wurden, zu verhindern.

Manche Parolen. Wandschmierereien, Wutausbrüche und Hetzkampagnen wünschten der Startbahn und ihren Bewachern das Schlimmste. An Mord wollte wohl auch von den Drohern kaum jemand glauben. Nun ist er geschehen. Wir müssen damit leben, dass er künftig zum Denkbaren gehört. Das verpflichtet,

der Eskalation Riegel vorzuschieben. Wer es zulässt, dass Werfen und Schießen auf Polizisten zum Massensport von Chaoten wird, überlässt ihnen auch die Wahl der Mittel.

Für den Polizistenmörder war es sicher leichter, im Schütze der Dunkelheit aus großer Entfernung mit einem Finger am Abzug zu ziehen, als sich körperlich anzustrengen, Brandflaschen zu werfen, Stahlkugeln zu schleudern und auf Fluchtdistanz zu achten. Zu vielen Mahnmalen geistloser Gewalt sind neue getreten. Lücken am Betonzaun waren zu schließen. Schrammen und Dellen an unseren Fahrzeugen gaben zu denken. Verletzte hofften auf Einsicht und Umkehr. Die Toten werden nun ständige Mahnung bleiben.

Es ist in der Tat paradox: Am Anfang der Flugbahn, die mit unter dem Schutz der Ermordeten stand, waren sie schutzlos dem Ende ihrer Laufbahn, ihres Lebens ausgesetzt. Wo technischer und wirtschaftlicher Fortschritt in die Welt startet, ist geistiger und rechtlicher Rückschritt am Tiefpunkt gelandet.

Am südlichen Ende der Startbahn stehen Holzkreuze, aufgestellt von Unbekannten und Kollegen, von Betroffenen. Blumen liegen dabei. Eine schlichte Gedenkstätte. Flugzeuge donnern darüber. Ihr Lärm kann den Nachhall der Schüsse nicht unterdrücken. Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm wurden an dieser Stelle erschossen - ahnungslos - in Ausübung ihres Dienstes. Ihr Tod fordert, weitere Opfer für Sicherheit und Ordnung auszuschließen. Polizeilicher Plichtenkurs bleibt unverändert. Nur die "Signal- und Weichensteller" sind in der Lage, die Züge der Freiheit unbeschadet zu ihren Zielen zu führen. Schrankenlosigkeit sollte wegen ihrer Gefahren nicht geduldet werden.